



das wochen nd

Mobilität für alle: Zwei Experimente

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Sonnabend/Sonntag, 8./9. Dezember 2012 67. Jahrgang/Nr. 287 • Berlinausgabe 1,80 €

Wer kommt in Mursis Palast?

Ägyptens Präsident hat seine Gegner brüskiert

Kairo (dpa/nd-Etzel). In Kairo hat Ägyptens Präsident Mohammed Mursi für heute zum Dialog in den Präsidentenpalast eingeladen. Nach den gewaltsamen Auseinandersetzungen der vergangenen Tage, die sich auch vor Mursis Residenz zutragen, wäre dies eine Gelegenheit, einen Kompromiss im Verfassungsstreit zu suchen. Aber dazu wird es nach Lage der Dinge bis gestern Abend wohl kaum kommen. Die Protagonisten der bekanntesten oppositionellen Gruppierungen haben erklärt, die Einladung ausschlagen zu wollen, und zumindest in ihrer Gefolgschaft wird das begrüßt.

Die Schuld dafür wird Präsident Mursi gegeben, auch von ägyptischen Zeitungen – sofern sie nicht sowieso aus Protest gegen Mursis Politik in den letzten zwei Tagen gar nicht erschienen waren. Der von den Muslimbrüdern nominierte und vor einem halben Jahr gewählte Präsident hatte zwar eine Einladung zum Dialog ausgesprochen, aber dabei die Hauptforderung der gemäßigt islamischen Ägypter, der Christen, städtischen Intellektuellen und Studenten ignoriert. Unter diesen Umständen betrachten es die Widersacher Mursis offenbar als Aufforderung zur politischen Kapitulation, in den Palast zu gehen. Die Konfrontation würde dies zweifellos verschärfen. Aus dem Ausland kommt vorsichtige Kritik an Mursi. Die UN-Menschenrechtskommissarin Navi Pillay nannte den Verfassungsentwurf »suboptimal«. Seite 7

Heulsusen setzen auf Granate

Steinbrücks Kür: SPD-Linke grenzen sich vor Parteitag von der Linkspartei ab



Berlin (nd). Er hat seine Partei einmal »Heulsuse« genannt und weiß, dass er von seinen Genossen gelegentlich als »Granate« wahrgenommen wird: Am Sonntag inthronisiert die SPD Peer Steinbrück offiziell als Spitzenkandidat für die Bundestagswahl.

Vor dem Parteitag in Hannover versuchte SPD-Chef Sigmar Gabriel noch einmal, die Honorargeschichten des Ex-Finanzministers vergessen zu machen: Man wolle als Partei der »kleinen und fleißigen Leute« in den Wahlkampf gehen. Die SPD-Linke forderte, in der Führungsmannschaft Steinbrücks vertreten zu sein. Nur so könne die SPD »in unterschiedliche Milieus

hineinwirken«, sagte Schleswig-Holsteins Landeschef Ralf Stegner der dpa. Dass er zugleich »unverzichtbare« Kernpunkte für eine Regierungsbeteiligung anmahnte, klingt nach Großer Koalition. Bei den angeführten Themen Mindestlohn, Steuerpolitik und Gleichstellung sind sich SPD und Grüne ohnehin einig. Stegner hat zugleich betont, es bleibe Ziel der SPD, »dass es links von ihr im Parlament keine Partei gibt«. Das werde im Osten zwar noch dauern, im Westen stünden die Chancen aber »außerordentlich gut«. In der Linkspartei hat das für Verärgerung gesorgt. Ihre Vorsitzende Katja Kipping sagte »nd«, mit »Stammtischparolen und ideologi-

schen Scheuklappen wird die SPD krachend scheitern«. Es sei »erwiesen, dass die Sozialdemokratie ein linkes Korrektiv braucht«. Mindestlohn und Steuergerechtigkeit seien »nicht gegen, sondern nur mit der LINKEN durchsetzbar«.

Berlins SPD-Landeschef Jan Stöß hat in der »Welt« stattdessen sogar eine Ampelkoalition mit der FDP als möglich bezeichnet, sollte es für Rot-Grün nicht reichen. Den Fehler, bestimmte Konstellationen auszuschließen, »machen wir nicht noch mal«. Außer bei der Linkspartei. Die hält auch der SPD-Linke Jan Stöß für derzeit regierungsunfähig. Seite 2

Foto: dpa/Jens Wolf

Gastkolumne

Kein Friedensprojekt

Von Peter Strutynski

Am 10. Dezember, dem Todestag Alfred Nobels, wird in Oslo der Friedensnobelpreis verliehen. Preisträger in diesem Jahr ist die Europäische Union, und das Nobelpreis-Komitee muss sich ein weiteres Mal fragen lassen, was es sich dabei gedacht hat. Legt man als Messlatte für den Preis das Testament seines Stifters an, muss an der Rechtmäßigkeit der diesjährigen Preisverleihung gezweifelt werden. Nach Alfred Nobels letztem Willen sollten den Preis Menschen oder Organisationen erhalten, die »am meisten oder am besten auf die Verbrüderung der Völker und die Abschaffung oder Verminderung stehender Heere sowie das Abhalten oder die Förderung von Friedenskongressen hingewirkt« haben. Drei frühere Nobelpreisträger, unter ihnen Erzbischof Desmond Tutu, haben beim Nobelpreis-Komitee gegen die Verleihung Protest eingelegt, indem sie darauf hinwiesen, dass die EU »eindeutig kein Vorkämpfer für den Frieden« sei.

Dieses Verdikt lässt sich mit zahlreichen Belegen begründen. Schon die Gründung der EU-Vorläuferorganisation, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, war kein Friedensprojekt, sondern dem Wunsch Frankreichs geschuldet, bei Wiederaufnahme der westdeutschen Schwerindustrie ein Wörtchen mitreden zu wollen. Immerhin: Mit der Konzentration der daraus entstehenden EWG (später EG) auf wirtschaftliche Maßnahmen konnte ein überwiegend ziviles Projekt gedenken, das im Binnenverhältnis friedlich geblieben war. Dies änderte sich mit dem Maastrichter Vertrag 1992 und der »gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik« (GASP) grundlegend. Die EG/EU übernahm die von der Westeuropäischen Union (WEU) 1992 beschlossenen »Petersberg-Aufgaben«, das sind »humanitäre Aktionen« oder Rettungsensätze



Peter Strutynski

Der Kasseler Politikwissenschaftler arbeitet in der AG Friedensforschung und ist Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag (www.ag-friedensforschung.de). Foto: Daniela Fuchs-Frotscher

ze, Aufgaben der »Konfliktverhütung«, Kampfeinsätze im Rahmen der »Krisenbewältigung« einschließlich »Frieden schaffender Maßnahmen«, gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen (die sich wohlgerne an Dritte richten) sowie »Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten«. Später kamen noch Antiterror-Maßnahmen dazu.

Mit dem Lissabon-Vertrag 2009 verpasste sich die EU ein ansehnliches Instrumentarium militärischer Rüstungs- und Interventionsfähigkeit. Zu nennen sind etwa:

- eine Aufrüstungsverpflichtung (»Verbesserung der militärischen Fähigkeiten«);
- die Aufstellung von Krisenreaktionskräften (Battlegroups)
- die Schaffung der »Europäischen Verteidigungsagentur« und
- eine allgemeine Beistandsverpflichtung, die der EU endgültig den Charakter eines Militärpakts verleiht.

Über all dies schweigt sich das Nobelpreis-Komitee aus. Unerwähnt bleibt auch die wenig friedfertige Sanktionspolitik der EU gegenüber Iran und Syrien. Ausgeblendet wird schließlich auch das Verhältnis der Europäischen Union zur Dritten Welt. Das Diktat einer neoliberalen Freihandelspolitik führt zu noch mehr Massenarmut, Hunger und Elend in der armen Welt. Und um sich der Elendsflüchtlinge zu erwehren, werden die EU-Außengrenzen mit einem mörderischen Abwehrsystem namens FRONTEX gesichert.

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU ist ein Tiefpunkt in der über 100-jährigen Geschichte dieser weltweit bedeutendsten Auszeichnung. Ist im nächsten Jahr schon die NATO dran?

Zähes Ringen um den Klimaschutz

Mangels Ergebnis ging der UN-Gipfel in Doha in die Verlängerung

Von Nick Reimer, Doha

Ob die UN-Klimakonferenz in Doha überhaupt mit einer Einigung zu Ende geht, war bis zuletzt offen.

Die Dominikanische Republik hat am Freitag auf der UN-Klimakonferenz in Doha ein eigenes Reduktionsziel bekannt gegeben. »Wir werden unsere Treibhausgase bis zum Jahr 2030 um 25 Prozent unter das Niveau von 2010 senken«, sagte Delegationsleiter Omar Ramirez. Sein Land sei heute schon Opfer der Erderwärmung, jedes Jahr würden die Hurrikane heftiger. »Es reicht deshalb nicht, nur von den Industrieländern Emissionsminderung zu fordern: Wir müssen selber handeln«, so Ramirez.

Dies war bis dato einer der wenigen Höhepunkte auf der Konferenz. Ursprünglich wollten die Delegierten ihre Arbeit

bis Freitagabend abgeschlossen haben. »Ich habe mir ein Kissen mitgebracht«, sagte Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU), der eine zähe Nachtsitzung erwartete. Zu viele Fragen seien noch offen, um wenigstens ein »Mindestergebnis« beschließen zu können. Darunter versteht der Minister einen Fahrplan: Bis 2015 sollen die Delegierten einen neuen weltweiten Klimaschutzvertrag aushandeln, der das Kyoto-Protokoll ablösen und 2020 in Kraft treten soll. Im Protokoll sind nämlich nur die Industriestaaten zur Reduktion ihrer Treibhausgase verpflichtet.

Damit es aber zu neuen Vertragsverhandlungen kommen kann, müssen zwei alte abgeschlossen werden: So müssen das Ende dieses Jahres auslaufende Kyoto-Protokoll verlängert sowie die Verhandlungen über Finanz- und Technologie-

hilfen für Entwicklungsländer abgeschlossen werden.

Beides lag am Freitagabend in weiter Ferne. Sabine Wils, die für die LINKE im Europaparlament die Verhandlungen in Doha verfolgt, sprach von einem »totalen Systemversagen des Kapitalismus«. Die EU habe ihre

das wochen nd

REPORTAGE

Handwerksmeister sucht Nachwuchs..... W1

FORUM

Plädoyer gegen Freigabe von »Mein Kampf«..... W5

GESCHICHTE

Es begann mit Rousseau: Gesellschaftsvertrag.... W7

Unten links

Nachdem SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles die Losung »Keine Panzer unterm Weihnachtsbaum!« ausgegeben hat, erscheint auch die alle Jahre wieder erhobene Forderung »Keine Tiere unterm Weihnachtsbaum!« in neuer Brisanz. Denn sie passen einfach nicht zu Glühwein und Glockenklang: die Panzerechsen und -nashörner, die Schwertfische und Schießhunde, die Knallfrösche und Haubitzen-taucher. Nein, wir wollen sie nicht, nicht einmal gut durchgebraten mit Grünkohl und Klößen. Dafür gibt es schließlich genug andere Kandidaten, die nicht durch aggressive Militanz auffallen. Zudem stehen wir voll hinter der Kampagne »Weihnachten ohne Tierquälerei«. Es geht immerhin um das Fest des Friedens, da haben Quälereien gefälligst vorher stattzufinden. Und zwar artgerecht, politisch korrekt und strikt pazifistisch. Damit ist es uns ernst, todernst. Bis das gare Getier dann friedlich auf dem Teller liegt und es wieder heißt: »Kalorienbomben statt Kanonenfutter«. ibo

www.neues-deutschland.de twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise Tschechien 65/75 CZK Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940

